

WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 12

20.03.2017

QUELLE:



ZUSAMMENFASSUNG

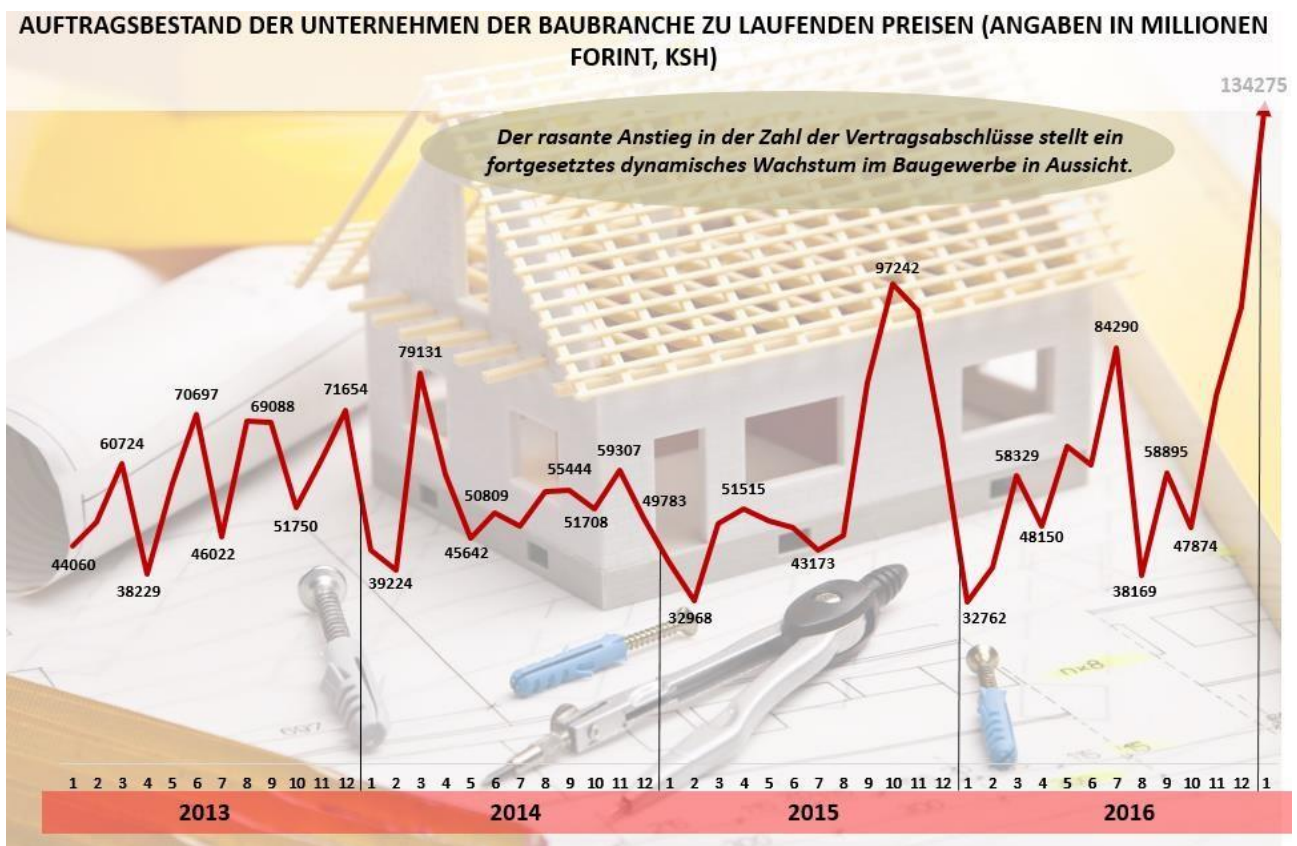
- **DAS BAUGEWERBE IST IM JANUAR IN DIE HÖHE GESCHOSSEN.** Der Ausstoß der Bauindustrie legte im Januar gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 18,5 Prozent, das Volumen des Auftragseingangs sogar um 211,8 Prozent zu. Damit dürfen wir in diesem Jahr mit einem lange nicht erlebten Wachstum des Bauwesens rechnen; die Branche könnte zur für 2017 erwarteten Belebung der Konjunktur mit mehr als 0,5 Prozentpunkten beitragen.
- **DER MIGRATIONSDRUCK HAT NICHT ABGENOMMEN.** Laut zusammenfassender Daten von Eurostat haben im vergangenen Jahr 1,204 Millionen Personen Asylantrag in einem der EU-Mitgliedstaaten gestellt, welche Zahl nahezu identisch mit der Zahl der 2015 eingereichten 1,257 Millionen Asylanträge ist. Diese Zahl belegt, dass der Migrationsdruck ganz und gar nicht gesunken ist, sondern lediglich seine Richtung verändert hat.
- **PROTESTPARTEIEN ERSTARKTEN IN DEN NIEDERLANDEN.** Zwar hat der Ausgang der Parlamentswahlen in den Niederlanden Ministerpräsident Mark Rutte in seiner Position gestärkt, doch ist sein bisheriger Koalitionspartner, die Arbeiterpartei, nahezu komplett eingebrochen. Das Wahlergebnis hat zudem neben einer erstarkenden extremen Rechten im Lager der holländischen Linken neuen, systemkritischen Formationen Räume eröffnet.
- **DIE PRESSEFREIHEIT IN UNGARN IST STARK.** Auf der Grundlage einer Untersuchung der Hauptabendnachrichten begegnen die ungarischen Nachrichtenkonsumenten einer dermaßen angehäuften Medienpräsenz der Opposition, dass man im Gegensatz zu Behauptungen der Oppositionsparteien ganz und gar nicht von einem Medienübergewicht der Regierungsparteien sprechen kann. Die heimische Medienlandschaft ist obendrein ausgesprochen differenziert, wobei neben den wichtigsten Fernseh- und Radio-Nachrichtensendungen auch im Segment der Online- und der Printmedien regierungskritische Töne in der Mehrheit sind.
- **DIE OPPOSITION SPLITTERT SICH WEITER AUF.** Ministerpräsident Viktor Orbán lenkte die Aufmerksamkeit in seiner Rede zum Nationalfeiertag vom 15. März auf die Herausforderungen, vor denen die europäischen Nationen stehen. Derweil waren die Oppositionsparteien auch an diesem Feiertag damit beschäftigt, ihre eigene Identität zu suchen. Es traten weitere Oppositionsparteien auf die politische Bühne, so dass sich bei den Parlamentswahlen 2018 mittlerweile mehr als zehn Parteien um die Stimmen der Oppositionswähler bemühen wollen.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Das Baugewerbe ist im Januar in die Höhe geschossen

Der Ausstoß der Bauindustrie legte im Januar gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 18,5 Prozent, das Volumen des Auftragseingangs sogar um 211,8 Prozent zu. Damit dürfen wir in diesem Jahr mit einem lange nicht erlebten Wachstum des Bauwesens rechnen; die Branche könnte zur für 2017 erwarteten Belebung der Konjunktur mit mehr als 0,5 Prozentpunkten beitragen.

Der Hochbau weitete sich um 32,8 Prozent aus, im Tiefbau ging es noch um 3,0 Prozent zurück. Auf der Grundlage der saisonal und nach Arbeitstagen bereinigten Indikatoren legte der Ausstoß des Baugewerbes im Januar gegenüber dem Vormonat um 4,6 Prozent zu. Das dynamischere Wachstum im Hochbau ist in erster Linie auf die Errichtung von Industriebauten, und nur im geringeren Maße auf den Bau von Sportobjekten und Gebäuden für das Bildungswesen zurückzuführen. Ausgehend von der Zunahme der erteilten Baugenehmigungen darf jedoch in Kürze auch mit einem sprunghaften Anstieg im Bau von Wohnimmobilien gerechnet werden.

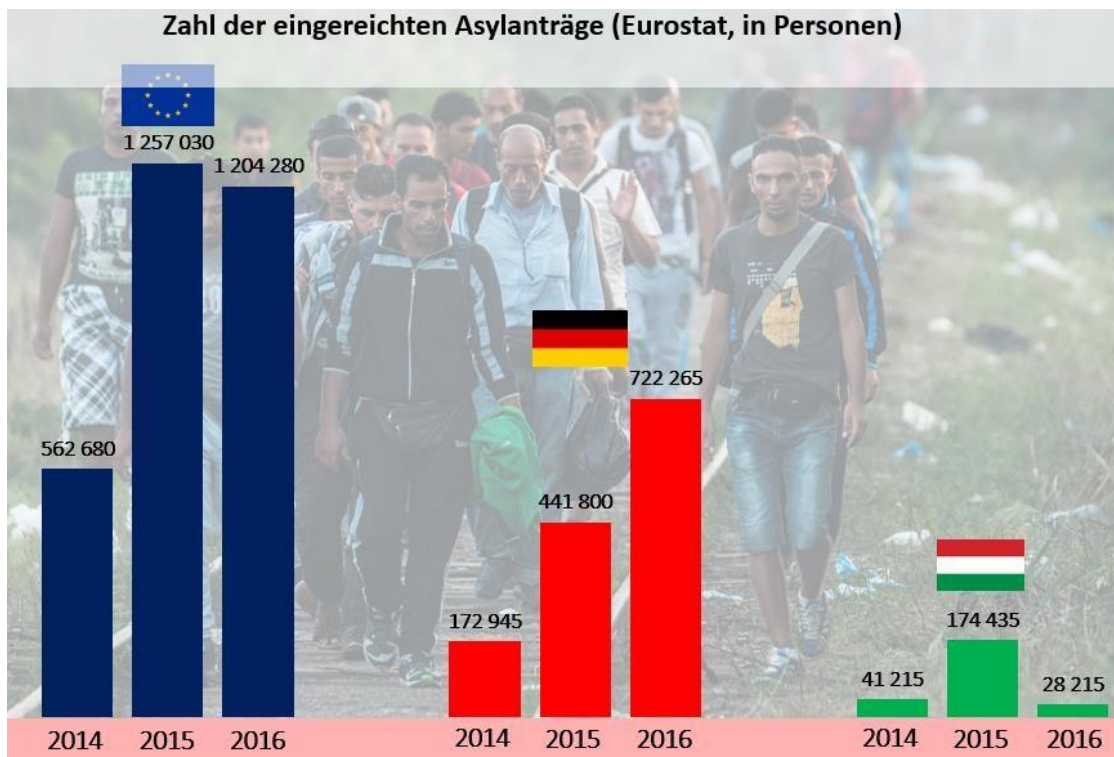


Das Volumen des Auftragsbestands der Unternehmen der Baubranche übertraf den Stand vom Vorjahr Ende Januar um 122,8 Prozent. Darunter lagen die Vertragsabschlüsse im Hochbau – dank des hochgradigen Neueingangs vom Januar – um 43,6 Prozent und jene im Tiefbau um 218,8 Prozent höher, als vor einem Jahr. Im Zuge der anstehenden rasanten Zunahme der Bauproduktion lässt sich in diesem Jahr unter Umständen sogar ein durchschnittliches Wachstum von mehr als 20 Prozent auf Jahresebene denken, womit die Branche beträchtlich zum Wirtschaftswachstum beitragen wird. In diesem Fall könnte der Beitrag des Bauwesens zum BIP-Zuwachs selbst 0,5 Prozentpunkte übersteigen und damit entscheidend zur für 2017 erwarteten belebten Konjunktur beitragen.

AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Der Migrationsdruck hat nicht abgenommen

Laut zusammenfassender Daten von Eurostat haben im vergangenen Jahr 1,204 Millionen Personen Asylantrag in einem der EU-Mitgliedstaaten gestellt, welche Zahl nahezu identisch mit der Zahl der 2015 eingereichten 1,257 Millionen Asylanträge ist. Diese Zahl belegt, dass der Migrationsdruck ganz und gar nicht gesunken ist, sondern lediglich seine Richtung verändert hat.



Ungeachtet des Flüchtlingsabkommens EU-Türkei vom vorigen März – mit dessen teilweiser oder vollständiger Aufkündigung die Regierung der Türkei derzeit droht – war die Zahl der in die EU eintreffenden Migranten 2016 ausgehend von den jetzt präsentierten offiziellen Zahlen von Asylanträgen deutlich höher, als das bislang vermutet wurde. In den Jahren 2015 und 2016 wurden auf dem Gebiet der Europäischen Union insgesamt 2,461 Millionen neue Asylanträge eingereicht, welcher Migrationsdruck auch 2017 keine Minderung erfährt, weil sich höchstens dessen Richtung ändert. In Ungarn ist die Zahl der eingereichten Asylanträge dank des effizienten Grenzschatzes im drastischen Umfang – um 84 Prozent – gesunken.

Protestparteien erstarkten in den Niederlanden

Zwar hat der Ausgang der Parlamentswahlen in den Niederlanden Ministerpräsident Mark Rutte in seiner Position gestärkt, doch ist sein bisheriger Koalitionspartner, die Arbeiterpartei, nahezu komplett eingebrochen. Das Wahlergebnis hat zudem neben einer erstarkenden extremen Rechten im Lager der holländischen Linken neuen, systemkritischen Formationen Räume eröffnet.

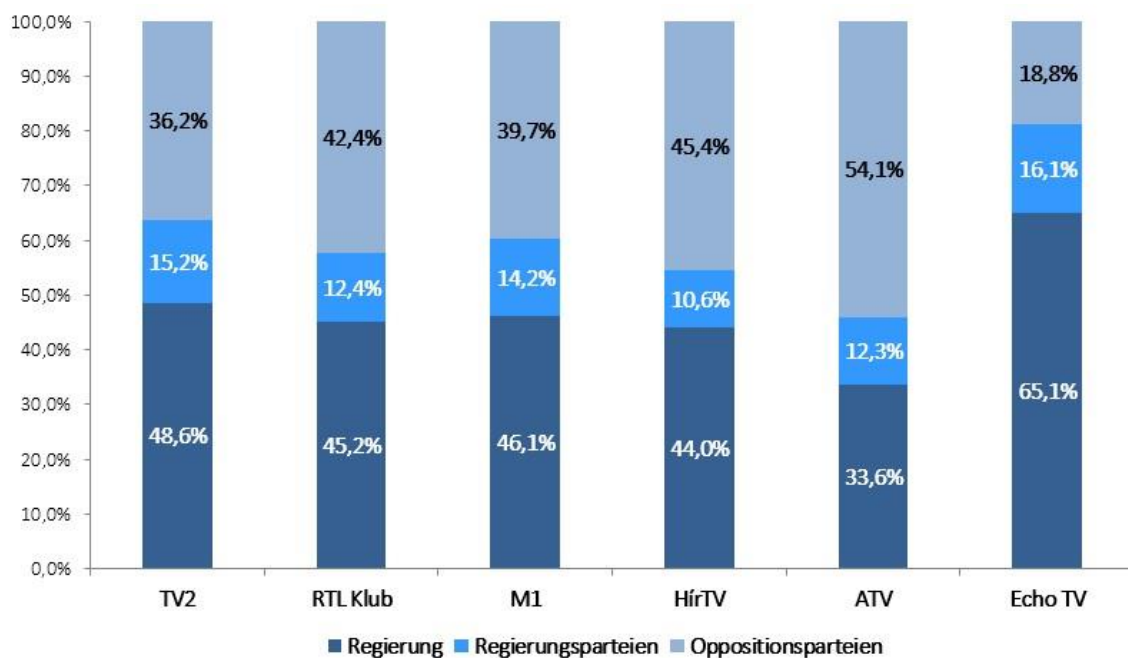
Wenngleich der Durchbruch der populistischen Freiheitspartei ausblieb, steigerte die Partei von Geert Wilders die Anzahl ihrer Parlamentsmandate doch um ein Viertel und stieg somit zur zweitgrößten politischen Kraft auf. Noch wichtiger ist jedoch, dass der Wahlkampf praktisch ausschließlich von der PVV thematisiert wurde, weshalb beispielsweise auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik neben der gemäßigten Rechten selbst Parteien der linken Mitte weitaus markantere Botschaften als früher formulierten. Zum Wahlsieg von Rutte trug entscheidend aber auch der Umgang mit dem diplomatischen Konflikt zwischen den Niederlanden und der Türkei bei, dessen weiterführende Auswirkungen – wie beispielsweise eine denkbare Aufkündigung des Abkommens EU-Türkei – schon auf mittlere Sicht die Stabilität der holländischen Regierung gefährden können, welche Situationen immer den radikalen Kräften entgegenkommen. Dem wahrscheinlichsten Szenario zufolge wird die liberalkonservative VVD von Ministerpräsident Rutte gemeinsam mit den Christdemokraten (CDA) und der linksliberalen D66 eine Regierung bilden können, während als vierter Koalitionspartner in Abhängigkeit von den Verhandlungen zur Regierungsbildung eine kleinere konservative Partei, die Christliche Union, oder die vom Tiefflug der Arbeiterpartei profitierende Formation der linken Grünen in Frage käme. Die mit dem Zurückdrängen der traditionellen Linken erstarkenden Protest- und Nischenparteien (Grüne Linke, Tierschutz- und Rentnerpartei) fragmentieren die wegen des Verhältniswahlrechts ohnehin bunte holländische Parteienlandschaft weiter, weshalb sich die

Regierungsbildung länger als die gewohnten drei Monate hinziehen könnte. Aus dem Gesichtspunkt des holländisch-türkischen diplomatischen Konflikts ist es bemerkenswert, dass die holländisch-türkische DENK-Partei bei den Wahlen 3 Mandate erlangen konnte und das linksliberale Lager weiter fragmentiert. Aus ungarischem Blickwinkel ist es neben der Bildung einer stabilen Regierung außerdem wichtig, dass die Christdemokraten bzw. die konservativen Kräfte erneut in die Regierung der Niederlande gelangen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Pressefreiheit in Ungarn ist stark

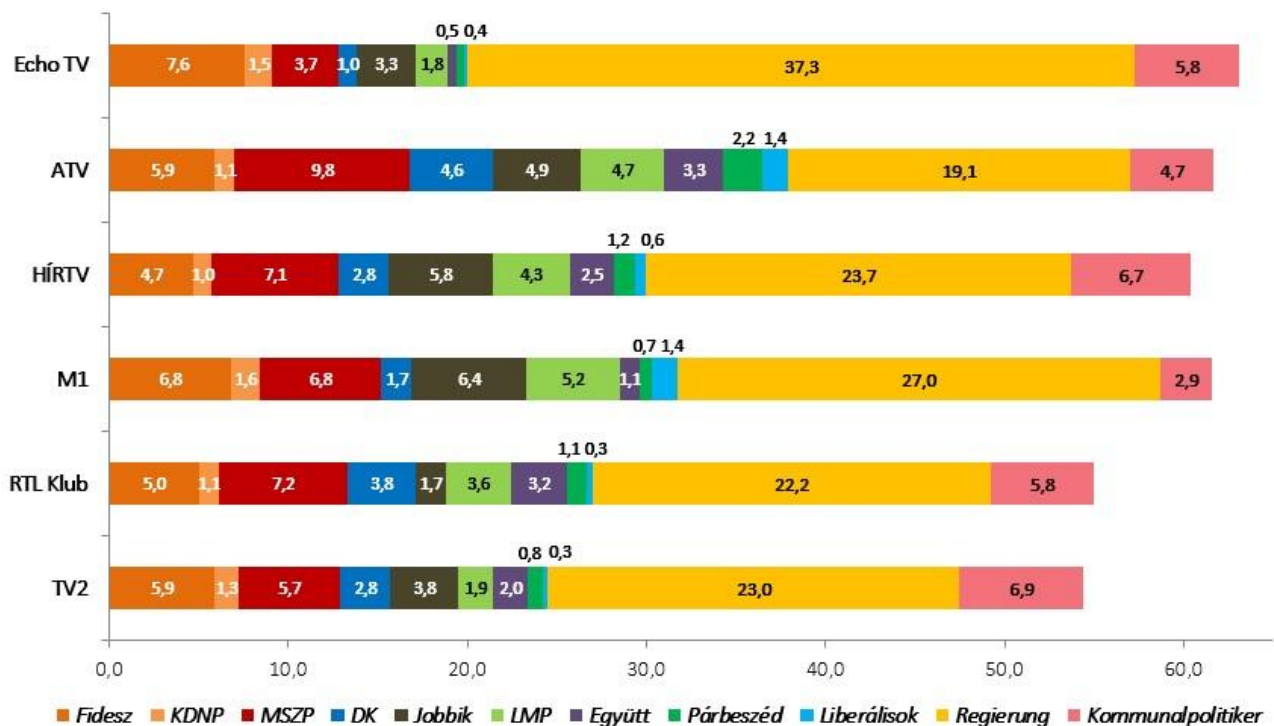
Auf der Grundlage einer Untersuchung der Hauptabendnachrichten begegnen die ungarischen Nachrichtenkonsumenten einer dermaßen angehäuften Medienpräsenz der Opposition, dass man im Gegensatz zu Behauptungen der Oppositionsparteien ganz und gar nicht von einem Medienübergewicht der Regierungsparteien sprechen kann. Die heimische Medienlandschaft ist obendrein ausgesprochen differenziert, wobei neben den wichtigsten Fernseh- und RadioNachrichtensendungen auch im Segment der Online- und der Printmedien regierungskritische Töne in der Mehrheit sind.



Anteil der Beiträge in der Parität Regierung + Regierungsparteien versus Oppositionsparteien (2016, Angaben in Prozent)

Aus der Nachrichtenanalyse des Nézópont-Instituts zur Aufarbeitung der Daten für 2016 geht hervor, dass bei der redaktionellen Gestaltung das als international anerkannt geltende Verhältnis von jeweils einem Drittel für die Regierung, für die Regierungsparteien und für die Opposition nur bei wenigen Sendern zur Geltung kommt; die Oppositionsparteien konnten in den Hauptabendnachrichten der Fernsehsender M1, TV2, RTL Klub, ATV und HírTV ihren Standpunkt deutlich über dem Anteil von 33 Prozent vorbringen – die einzige Ausnahme bildet hier das Echo TV.

Auf der Grundlage der Daten des vergangenen Jahres trat die sozialistische Partei in den Abendnachrichten unter allen Parteien am häufigsten in Erscheinung: Insgesamt 2.974 Mal wurde ihr Standpunkt präsentiert, womit die MSZP noch Fidesz und Jobbik auf die Plätze verwies. Ein Viertel der Beiträge vermittelte den Standpunkt der Regierung. Die MSZP kam am häufigsten – zu knapp 10 Prozent – bei ATV zu Wort, während ihre Anteile bei den anderen Kanälen 3-7 Prozent erreichten. Bei ATV und RTL Klub wurde zudem den linksliberalen Splitterparteien eine weitaus größere Beachtung geschenkt, als ihre reale Einbettung in die Gesellschaft rechtfertigen würde.



Anteile der Beiträge in den politischen Nachrichten gegliedert nach Fernsehsendern (2016, in Prozent)

Abgesehen von den Nachrichtensendungen im Fernsehen erhalten die Standpunkte der Opposition auch in anderen Segmenten der heimischen Medien eine herausragende Beachtung, weshalb ganz und gar nicht die Rede von einer fehlenden Pressefreiheit sein kann. Im Segment der Print- und Onlinemedien können wir überhaupt nicht von einer Ausgewogenheit sprechen, weil auf diesem Markt regierungskritische Presseorgane weitaus gehäuft anzutreffen sind.

Die Opposition splittert sich weiter auf

Ministerpräsident Viktor Orbán lenkte die Aufmerksamkeit in seiner Rede zum Nationalfeiertag vom 15. März auf die Herausforderungen, vor denen die europäischen Nationen stehen. Derweil waren die Oppositionsparteien auch an diesem Feiertag damit beschäftigt, ihre eigene Identität zu suchen. Es traten weitere Oppositionsparteien auf die politische Bühne, so dass sich bei den Parlamentswahlen 2018 mittlerweile mehr als zehn Parteien um die Stimmen der Oppositionswähler bemühen wollen.

Der ungarische Ministerpräsident sprach davon, dass heute noch die Möglichkeit innerhalb der Europäischen Union gegeben ist, die Antipathien gegenüber der politischen Elite des Westens im verfassungsmäßigen Rahmen zu halten. Viktor Orbán verwies mit diesen Worten auf den Umstand, dass in Ungarn eine Regierungspolitik herrscht, welche den Willen einer Mehrheit der Wähler berücksichtige, wohingegen in zahlreichen westeuropäischen Ländern genau das Gegenteil dessen – so beispielsweise in der Einwanderungspolitik – charakteristisch sei, was eindeutig zu einem Erstarken der Protestparteien in ganz Europa führen wird.

Die Politiker der Oppositionsparteien versuchten im Gegensatz zu Viktor Orbán überhaupt nicht, Antworten auf die vor Europa und somit auch vor Ungarn stehenden Herausforderungen zu geben, sondern waren weitaus mehr damit beschäftigt, ihre Position in der aktuellen Innenpolitik zu definieren. So geschah es auch bei der MSZP, deren führende Politiker bei ihren Festreden darum bemüht waren, ihre Partei von den übrigen linksliberalen Splitterparteien abzugrenzen, was sich in Wahlversprechen manifestierte, die hauptsächlich Wohlfahrts- und soziale Zusagen enthielten.

Wegen der divergierenden Versprechen und Reden sind die Chancen für einen Zusammenschluss der Parteien des linken Lagers weiter gesunken, ganz zu schweigen davon, dass zwei weitere Parteien auf die politische Bühne traten: Der Bürgermeister von Gödöllő, György Gémesi, gründete eine Partei unter der Bezeichnung „Neuer Anfang“, während der Schuldirektor István Pukli, der als Anführer der

linksliberalen Bildungsproteste des Jahres 2016 galt, eine „neue bürgerliche“ Partei bekanntgab. Mit dem Erscheinen dieser Formationen ist die Zahl der Parteien, die sich die Stimmen der Oppositionswähler teilen wollen, schon gegenwärtig auf deutlich über 10 Parteien angestiegen, während sich das Wählerlager der Regierungsparteien auch weiterhin stabil und einheitlich zeigt.

PROGNOSE

- Am 21. März wird das offizielle Endergebnis der holländischen Parlamentswahlen bekanntgegeben.
- Am 22. März läuft das Mandat der Bürgermeister in Mazedonien aus. Das könnte ein noch größeres innenpolitisches Chaos in Mazedonien auslösen, als es ohnehin bereits vorherrscht, nachdem seit den Parlamentswahlen vom Dezember noch immer keine neue Regierung gebildet wurde. Den Gesetzen Mazedoniens zufolge kann der Wahlausschuss nämlich solange nicht einberufen werden, wie der Parlamentspräsident nicht gewählt worden ist.
- Am 22. März läuft das sechsjährige Mandat des Inflationsexperten János Cinkotai im Währungsrat der Ungarischen Nationalbank (MNB) aus.
- Am 24. März findet unter Beteiligung der Staatspräsidenten Ungarns und Polens, János Áder und Andrzej Duda, die diesjährige Veranstaltungsreihe zum Tag der polnisch-ungarischen Freundschaft statt.
- Am 25. März jährt sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 60. Mal.